

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII
Zum Aufbau des Buches und zur Arbeit mit dem Buch	XXIII

1. Teil: Staatsrecht

A. Grundrechte

I. Allgemeine Grundrechtslehren

1. Problem:

Ist ein Grundrechtsverzicht zulässig? 1

2. Problem:

Wann sind Grundrechte gem. Art. 19 III GG ihrem Wesen nach auf juristische Personen des Privatrechts anwendbar? 6

3. Problem:

Gibt es eine sog. Drittwirkung der Grundrechte? 12

4. Problem:

Ist der Staat an Grundrechte gebunden, wenn er privatrechtlich handelt? 17

5. Problem:

Unter welchen Voraussetzungen liegt ein rechtfertigungsbedürftiger Grundrechtseingriff vor? 23

II. Gleichheitsrechte

6. Problem:

Welche Rechtfertigungsanforderungen stellt Art. 3 I GG? 27

7. Problem:

Gibt es eine Gleichheit im Unrecht? 34

III. Freiheitsrechte

8. Problem:

Dürfen Sozialleistungen gekürzt werden, die der Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums (Art. 1 I iVm Art. 20 I GG) dienen? 38

9. Problem:

Schützt die allgemeine Handlungsfreiheit des Art. 2 I GG bereits heute vor künftigen Eingriffen zur Bekämpfung des Klimawandels? 43

10. Problem:

Gibt es beim allgemeinen Persönlichkeitsrecht nach Art. 2 I iVm Art. 1 I GG einen dem staatlichen Zugriff entzogenen Lebensbereich? 50

11. Problem: Gewährt Art. 4 I, II GG ein einheitliches, vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht der Religionsfreiheit?	54
12. Problem: Schützt die Meinungsäußerungsfreiheit unwahre Tatsachenbehauptungen? ..	61
13. Problem: Was ist „Kunst“ iSv Art. 5 III 1, 1. Alt. GG?	65
14. Problem: Welche sog. „innere Verbindung“ zwischen Menschen ist nötig, damit eine Versammlung iSv Art. 8 GG vorliegt?	70
15. Problem: Steht Beamten aus Art. 9 III GG ein Streikrecht zu?	75
16. Problem: Was ist ein „Beruf“ iSv Art. 12 I GG?	81
17. Problem: Bemisst sich die Prüfung der Verhältnismäßigkeit eines Eingriffs in Art. 12 I GG nach der sog. Stufentheorie?	86
18. Problem: Sind unter „Wohnung“ in Art. 13 GG auch Betriebs- und Geschäftsräume zu verstehen?	91
19. Problem: Schützt Art. 14 I 1 GG ein sog. „Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“?	96
20. Problem: Schützt Art. 14 I 1 GG öffentlich-rechtliche, insbesondere sozialrechtliche Berechtigungen?	101
21. Problem: Wie ist in Art. 14 GG die Enteignung von der Inhalts- und Schrankenbestimmung abzgrenzen?	107
B. Staatsorganisationsrecht	
I. Rechtsstaats- und Demokratieprinzip	
22. Problem: Inwieweit sind rückwirkende Gesetze verfassungsrechtlich zulässig?	113
23. Problem: Ist der Gesetzgeber verfassungsrechtlich verpflichtet, Gesetze zu begründen?	119
24. Problem: Welche Anforderungen stellt das Demokratieprinzip an die Legitimation funktionaler Selbstverwaltungstätigkeit?	124

25. Problem: Gilt im Bereich der Leistungsverwaltung der Gesetzesvorbehalt?	129
26. Problem: Gilt für Informations- und Warntätigkeit der Regierung, mit der Grundrechtseingriffe verbunden sind, der Gesetzesvorbehalt?	135
27. Problem: Welche Schranke stellt der Anspruch auf Chancengleichheit der politischen Äußerungsbefugnis staatlicher Organe?	141
28. Problem: Ist die sog. Sperrklausel in § 4 II 2 Nr. 2 BWG verfassungsgemäß?	146
29. Problem: Sind sog. Paritätsgesetze verfassungsgemäß?	153
II. Bundesstaatsprinzip und Bundesstaatlichkeit	
30. Problem: Wird ein Land, das im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung nach Art. 85 III GG vom Bund eine inhaltlich fehlerhafte Weisung erhält, dadurch in seinen Rechten verletzt?	159
31. Problem: Welche inhaltlichen Anforderungen gelten für die sog. Abweichungsgesetzgebung nach Art. 72 III GG und welche Rechtsfolgen hat diese?	164
32. Problem: Gibt es eine verfassungsrechtliche Pflicht zur Bundestreue bzw. zu bundesfreundlichem Verhalten?	170
III. Bundesrat	
33. Problem: Inwieweit kann eine einheitliche Stimmabgabe der Bundesratsmitglieder eines Bundeslandes noch hergestellt werden – etwa auch infolge Nachfragens durch den Bundesratspräsidenten –, wenn zunächst eine uneinheitliche Stimmabgabe erfolgt ist?	175
34. Problem: Ist die Änderung eines ursprünglich zustimmungsbedürftigen Gesetzes in seinen für sich gesehen nicht zustimmungsbedürftigen Teilen zustimmungsbedürftig?	180
IV. Bundespräsident und Bundeskanzler	
35. Problem: Was sind gegenzeichnungsbedürftige „Anordnungen und Verfügungen“ des Bundespräsidenten iSv Art. 58 S. 1 GG?	185

36. Problem: Unter welchen Voraussetzungen ist der Bundeskanzler nach Art. 68 I 1 GG berechtigt, eine Vertrauensfrage mit dem Ziel zu stellen, eine Auflösung des Bundestages zu erreichen?	189
37. Problem: Steht dem Bundespräsidenten ein materielles Prüfungsrecht vor der Gesetzesausfertigung zu?	195
C. Verfassungsprozessrecht	
38. Problem: Inwieweit erfordert der sog. Grundsatz der Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde, bei einer Rechtssatzverfassungsbeschwerde zunächst fachgerichtlichen Rechtsschutz nachzusuchen?	203
39. Problem: Können politische Parteien Antragsteller im Organstreitverfahren sein?	210
2. Teil: Verwaltungsrecht	
A. Allgemeines Verwaltungsrecht	
40. Problem: Wann ist ein Verkehrszeichen bekannt gegeben?	217
41. Problem: Wann beginnt die Frist gem. § 48 IV 1 VwVfG bzw. gem. § 49 III 2 VwVfG für die Aufhebung eines Verwaltungsakts zu laufen?	222
42. Problem: Ist im Rahmen des Widerspruchsverfahrens eine Verböserung des erlassenen Verwaltungsaktes rechtlich zulässig?	227
43. Problem: Darf die Verwaltung über einen verfristeten Widerspruch noch entscheiden?	232
44. Problem: Welche Kriterien gelten für die Erteilung einer straßenrechtlichen Sondernutzungserlaubnis?	235
B. Verwaltungsprozessrecht	
45. Problem: Welches ist der maßgebliche Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage für die Beurteilung der Begründetheit einer Anfechtungsklage?	242
46. Problem: Welche ist die statthafte Klageart beim Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen von Verwaltungsakten?	247

47. Problem: Welchem gerichtlichen Prüfmaßstab unterliegen unbestimmte Rechtsbegriffe?	253
48. Problem: Welches sind die anerkannten Fallgruppen, bei denen das für die Zulässigkeit einer Fortsetzungsfeststellungsklage nötige Fortsetzungsfeststellungsinteresse vorliegt?	259
C. Polizei- und Ordnungsrecht	
49. Problem: Was beinhaltet das polizeiliche Schutzbau der öffentlichen Ordnung?	266
50. Problem: Unter welchen Voraussetzungen tritt eine Rechtsnachfolge in polizei- und ordnungsrechtliche Verantwortlichkeiten ein?	272
51. Problem: Nach welchen Direktiven bemisst sich die Verhaltensverantwortlichkeit eines Störers im Polizei- und Ordnungsrecht?	279
52. Problem: Welche Entscheidungskriterien gelten hinsichtlich der Störerauswahl bei Störermehrheit im Polizei- und Ordnungsrecht?	284
53. Problem: Existiert eine Polizeipflicht von Hoheitsträgern im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht?	287
D. Kommunalrecht	
54. Problem: Welche zentralen Gewährleistungsgehalte beinhaltet die kommunale Selbstverwaltungsgarantie und welche Rechtfertigungsvoraussetzungen gelten bei einem Eingriff in die kommunale Selbstverwaltungsgarantie?	292
55. Problem: Wie ist verwaltungsprozessual ein Kommunalverfassungsstreit einzuordnen?	298
56. Problem: Welche Bedeutung hat die bei der Vergabe öffentlicher Subventionen und der Entscheidung über die Benutzung kommunaler öffentlicher Einrichtungen herangezogene sog. Zweistufentheorie?	304
57. Problem: Nach welchen Kriterien bemisst sich der Zulassungsanspruch zu kommunalen öffentlichen Einrichtungen, wenn eine Kapazitätserschöpfung vorliegt?	308
58. Problem: Begründen Fehler die Unwirksamkeit von Beschlüssen des Gemeinderats? ..	313

E. Baurecht

59. Problem:

Welche Rechtmäßigkeitsanforderungen gelten für den Erlass einer bauaufsichtlichen Baueinstellungsverfügung, Nutzungsuntersagung und Beseitigungsanordnung baulicher Anlagen? 321

60. Problem:

Unter welchen Voraussetzungen entfaltet eine Norm im Baurecht drittschützende Wirkung? 327